

Europäische Parteien

Michael Weigl

Die am 3. Mai 2018 vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union beschlossenen verschärften Regeln hinsichtlich der Anerkennung Europäischer Parteien und dem damit verbundenen Zugang zu Mitteln der europäischen Parteienfinanzierung¹ zeigen weiter Wirkung. Nachdem die strukturellen Rahmenbedingungen der europäischen Parteienzusammenarbeit schon 2017 reformiert worden waren und dies zu einem ersten Konzentrationsprozess im europäischen Parteiensystem geführt hatte,² löschte die 2016 eingerichtete „Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen“ (BEUPS) im Sommer 2018 nochmals zwei Parteien aus ihrem Register. Sowohl die „Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen“ (AENM) als auch die „Allianz für Frieden und Freiheit“ (APF) – beide in ihrer Ausrichtung als rechtsextrem einzuordnen –, verfehlten die Vorgabe, dass eine Europäische Partei nunmehr von Parteien (nicht mehr von Individuen) aus mindestens sieben Mitgliedstaaten getragen werden muss, wobei eine nationale Partei nur noch Mitglied in einer einzigen Europäischen Partei sein kann. Auch die der „Allianz für Frieden und Freiheit“ nahestehende Stiftung „Europa Terra Nostra e.V.“ (ETN) wurde wieder aus dem Register entfernt. War die Zahl Europäischer Parteien so bis vor den Reformen 2017 auf 16 angewachsen, sind es jetzt nur noch zehn Parteien, denen der offizielle Status einer Europäischen Partei zukommt (vgl. Tabelle 1). Belastung für die Europäische Volkspartei (EVP) ist dabei weiterhin die am 20. März 2019 von einem EVP-Vorstandstreffen mit 190 von 196 Stimmen ausgesprochene vorläufige Suspendierung der EVP-Mitgliedschaft der Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, nachdem sich dieser zuvor öffentlich in einer Plakataktion gegen den US-Milliardär George Soros und den Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker – ebenfalls EVP-Mitglied – gewandt hatte.³ Vorgesehen ist, dass ein „Weisenrat“ unter Führung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy (Christen-Democratisch en Vlaams, CD&V)⁴, in einem Bericht Empfehlungen über das weitere Vorgehen geben soll.

-
- 1 Verordnung Nr. 2018/673 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Mai 2018 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, in: Amtsblatt der Europäischen Union L114/1, 4.5.2018.
 - 2 Vgl. hierzu die Darstellung bei Jürgen Mittag: Europäische Parteien, in: Wolfgang Wessels/Werner Weidenfeld (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2018, Baden-Baden 2018, S. 141-144.
 - 3 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.
 - 4 Außerdem gehören dem Weisenrat der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering (Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU) und der frühere österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Österreichische Volkspartei, ÖVP) an.

Tabelle 1: Anerkannte politische Parteien auf europäischer Ebene

<i>M</i> = Mitgliedspartei <i>VM</i> = Vollmitglied(partei) <i>AM</i> = Assoziiertes Mitglied <i>B</i> = Beobachter <i>PM</i> = persönliche Mitglieder <i>SM</i> = Special Members (nur bei EGP)	Kürzel	Gründung Reform Registrierung BEUPS	Sitz	Mitglieds- parteien	korresp. EP- Fraktion und Anzahl Abgeordnete	Politische Ausrichtung	EU- Finanzierung 2018 in Mio. Euro (gerundet)
Sozialdemokratische Partei Europas	PES (engl.) SPE (dt.) PSE (franz.)	1974 1992 2017	BE	33 <u>VM</u> aus 28 Staaten 12 <u>AM</u> / 12 <u>B</u>	S&D (154)	sozialdemokratisch / sozialistisch	11,475
Europäische Volkspartei	EPP (engl.) EVP (dt.) PPE (fr.)	1976 1999 2017	BE	46 <u>VM</u> aus 27 Staaten (1 <u>VM</u> suspendiert) 6 <u>AM</u> / 20 <u>B</u>	EVP (182)	christdemokratisch (konservativ)	15,663
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	ALDE	1976 1993 2017	BE	53 <u>VM</u> aus 38 Staaten 15 <u>AM</u>	Renew Europe (80)	liberal	4,565
Europäische Freie Allianz	EFA	1982 1994 2004 2017	BE	38 <u>VM</u> aus 17 Staaten 2 <u>AM</u> / 6 <u>B</u>	Grüne / EFA; ECR; GUE / NGL (12)	regional / „nationalistisch“	1,327
Europäische Grüne Partei	EGP	1983 1993 2004 2017	BE	37 <u>VM</u> aus 33 Staaten 4 <u>AM</u> / 3 <u>B</u> / 43 <u>SM</u>	Grüne / EFA (56)	grün / alternativ	3,519
Europäische Linke	EL	2004 2017	BE	25 <u>VM</u> aus 21 Staaten / 7 <u>B</u>	GUE / NGL	sozialistisch / postkommunistisch	2,250
Europäische Demokratische Partei	EDP	2004 2017	BE	20 <u>M</u> aus 17 Staaten (1 <u>M</u> suspen- diert) 1 <u>B</u>	Renew Europe; S&D (10)	zentristisch (liberal)	0,887
Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM)	ECPM	2002 2010 2017	NL	18 <u>VM</u> aus 16 Staaten	ECR; EVP (3)	christlich / evangelikal	0,921
Europäische Konservative und Reformier	ECR (engl.); EKR (dt.)	2009 2017	BE	18 <u>VM</u> aus 15 Staaten	ECR (62)	nationalkonservativ / europaskeptisch	4,422
Identität und Demokratie	ID	2019	FR	11 <u>M</u> aus 11 Staaten	ID (73)	europaskeptisch, rechtsextrem. rechtspopulistisch	2,426

Stand der Angaben: August 2019. Daten zur Parteienfinanzierung: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/funding_amounts_parties_01-2019.pdf.

Mit der Verabschiedung von Wahlkampfprogrammen (vgl. Tabelle 2) sowie der Nominierung von Spitzenkandidaten im Vorfeld der Europawahlen wurden die Europäischen Parteien abermals ihrer Funktion gerecht, Bündnisse zum Austausch und zur Abstimmung zwischen den nationalen Parteien zu sein. Mit dem Ziel, das bei der Wahl 2014 erstmals durchgesetzte „Spitzenkandidatenprinzip“, wonach nur einer der Spitzenkandidaten der Europäischen Parteien zur Europawahl anschließend zum/zur KommissionspräsidentIn gewählt werden soll, 2019 zu verstetigen und so weiter zu formalisieren, verband sich die Hoffnung, nicht nur dem Europäischen Parlament im Gesamten mehr Gewicht zu verleihen, sondern auch den stetigen Bedeutungsgewinn der Europäischen Parteien im europäischen Machtgefüge vorantreiben zu können.

Den Anfang des Nominierungsmarathons machte die EVP, bei der sich der deutsche Manfred Weber (Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU) in einer Stichwahl auf einem Parteikongress am 8. November 2018 in Helsinki gegen den ehemaligen finnischen Regierungschef Alexander Stubb durchsetzte (492 zu 619 Stimmen). Frans Timmermans (Partij

van de Arbeid, PvdA), bis dahin Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, wurde von der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) auf ihrem Parteikongress in Lissabon einen Monat später (8. Dezember 2018) per Akklamation zum Gegenkandidaten gekürt. Nachdem Maroš Šefčovič (parteilos, Vizepräsident und EU-Kommissar für Energieunion) schon Mitte November seinen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt hatte, war die Wahl Timmermans nur noch Formsache gewesen.

Während auch die meisten kleineren Parteien Spitzenkandidaten nominierten,⁵ wichen die Liberalen explizit von diesem Prinzip ab. Hatten sie anfangs die Idee von Spitzenkandidaten ebenfalls unterstützt und argumentiert, dass diese die Wahl des Kommissionspräsidenten demokratischer und transparenter machen würde, rückte der Vorsitzende der ALDE-Fraktion Guy Verhofstadt im September 2018 doch von diesem Plan ab, um so das nach der Wahl anvisierte Bündnis im Europäischen Parlament mit „La République en Marche!“, der Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der sich gegen das Spitzenkandidatenprinzip ausgesprochen hatte, nicht zu gefährden.⁶ Auf einem Parteikongress in Madrid wurde der ALDE-Parteivorsitzende Hans van Baalen (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD) am 10. November 2018 ermächtigt, in Absprache mit den nationalen liberalen Parteivorsitzenden und Regierungschefs ein „Team Europa“ von Kandidaten zusammenzustellen, das schließlich am 21. März 2019 auf einem Parteitreffen in Brüssel⁷ nominiert wurde. An der Spitze dieses siebenköpfigen Teams stand die Dänin Margrethe Vestager (Radikale Venstre), seit 2014 EU-Kommissarin für Wettbewerb, die so zwar eine herausgehobene Rolle im Kandidatenportfolio der Liberalen einnahm, tatsächlich aber nur als primus inter pares, nicht als den anderen Parteien vergleichbare Spitzenkandidaten agierte.⁸

Dass sich das Spitzenkandidatenprinzip nach der Europawahl 2019 nicht durchsetzen konnte und stattdessen mit Ursula von der Leyen (CDU) künftig eine Frau der Europäischen Kommission vorstehen wird, die nicht von den Europäischen Parteien aufgestellt worden war, hat viele Gründe.⁹ Unter anderem aber zeigt sich gerade darin, dass sich das Europäische Parlament nicht geschlossen hinter einen der Spitzenkandidaten versammelt und so die Staats- und Regierungschefs zum Einlenken gezwungen hat, die zunehmende Politisierung europäischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Die Idee der Spitzenkandidaten folgt – neben demokratietheoretischen Gesichtspunkten – der „alten“ Logik einer Konfliktlinie zwischen der Europäischen Kommission einerseits und eines weitgehend geschlossen um mehr Einfluss ringenden Europäischen Parlamentes andererseits. Diese Logik wird zunehmend durch parteipolitische Motive abgelöst: Weder konnten sich die Liberalen zu einer konsequenten Unterstützung des Spitzenkandidatenprinzips entscheiden, noch war es einem der Kandidaten möglich, eine Mehrheit im Europäischen Parlament für sich zu organisieren. Für das Europäische Parlament bedeutete der vergebli-

5 Allianz der Konservativen und Reformer in Europa: Jan Zahradil; Europäische Grüne Partei: Ska Keller und Bas Eickhout; Europäische Linke: Nico Cué, Violeta Tomič; Europäische Freie Allianz: Oriol Junqueras.

6 Ouest France: Le libéral Verhofstadt s'allie avec Macron aux européennes. Interview mit Guy Verhofstadt, 9.9.2018.

7 Ursprünglich war für die Nominierung ein weiterer Parteikongress Anfang 2019 in Berlin vorgesehen, der aber abgesagt wurde.

8 Außerdem gehörten dem Team an: Nicola Beer (Freie Demokratische Partei, Deutschland), Emma Bonino (Più Europa, Italien), Violeta Bulc (Stranka modernega centra, Slowenien), Katalin Cseh (Momentum Mozgalom, Ungarn), Luis Garicano (Ciudadanos, Spanien), Guy Verhofstadt (Open Vlaamse Liberalen en Democraten, Belgien).

9 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Europäische Kommission“ und „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

che Versuch, das Spitzenkandidatenprinzip durchzusetzen, einen Rückschlag auf seinem Weg hin zu einem Vollparlament. Für die Europäischen Parteien hingegen ist dieser Prozess der voranschreitenden Politisierung ambivalent zu bewerten: Zwar gewinnen sie weiter an Gewicht, indem sie zunehmend nicht nur als Arenen der Abstimmung zwischen nationalen Parteien, sondern auch als Ort der Legitimation von Positionierungen der Fraktionen im Europäischen Parlament dienen. Der Austausch zwischen Europäischen Parteien und Fraktionen gestaltet sich zunehmend komplexer. Gleichzeitig aber sind die Europäischen Parteien weiterhin nicht stark genug, um als eigenständige Akteure Aushandlungsprozesse auf europäischer Ebene entscheidend mitbeeinflussen zu können.

Tabelle 2: Wahlmanifeste der europäischen Parteien

<i>Partei</i>	<i>Titel</i>
Sozialdemokratische Partei Europas	„A new Social Contract for Europe“ („Ein neuer Sozialvertrag für Europa“)
Europäische Volkspartei	„Let’s open the next chapter for Europe together“ („Lasst uns das nächste Kapitel für Europa gemeinsam aufschlagen“)
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	„Freedom, opportunity, prosperity: the liberal vision for the future of Europe“ („Freiheit, Chancengleichheit, Wohlstand: die liberale Vision für Europas Zukunft“)
Europäische Freie Allianz	„Building a Europe of ALL Peoples“
Europäische Grüne Partei	„Time to renew the promise of Europe“ („Europas Versprechen erneuern“)
Europäische Linke	„For a progressive exit from the crisis“
Europäische Demokratische Partei	„Europe Stand Up!“
Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM)	„Strong values, strong nations, strong Europe“
Allianz der Europäische Konservative und Reformer	„Retune the EU“

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Hatten sich alle Parteien kurz vor der Europawahl mit personellen Weichenstellungen zurückgehalten, änderte sich dies nach dem Urnengang. Während es bei den Spitzenposten der Parteien mit Ausnahme der Europäischen Freien Allianz¹⁰ im vergangenen Jahr zu keinen Wechslen kam, drehte sich das Personalkarussell an den Spitzen der sich nach den Europawahlen neu konstituierenden Fraktionen im Europaparlament umso schneller.

Die um 34 Abgeordnete geschrumpfte EVP-Fraktion stellte sich am 5. Juni 2019 geschlossen hinter Manfred Weber als alten, seit 2014 amtierenden und neuen Fraktionsvorsitzenden, um so ein neuerliches Votum für dessen – letztlich vergeblichen – Anspruch auf den Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission abzugeben. Auch in der um 23 Abgeordnete angewachsenen Fraktion Grüne/EFA wurde das bewährte Führungsduo Ska Keller (Bündnis 90/Die Grünen) und Philippe Lamberts (Ecolo) im Amt bestätigt. Bei der S&D-Fraktion (–30 Abgeordnete) hingegen übernahm am 18. Juni 2019 die Spanierin Iratxe

10 Als neue Parteivorsitzende wählte die Partei auf ihrer Hauptversammlung in Brüssel (7. bis 9. März 2019) die frühere EFA-Generalsekretärin Lorena López de Lacalle (Eusko Alkartasuna), die damit den Katalanen Jordi Solé (Esquerra Republicana de Catalunya) ablöste, der wieder – wie schon zwischen 2016 bis 2018 – das Amt des Generalsekretärs der Partei übernahm. Zum neuen Vorsitzenden der EFA-Gruppe innerhalb der Fraktion mit den Grünen bestimmte die Gruppe im Juni 2019 den Schotten Alyn Smith (Scottish National Party).

García Pérez (Partido Socialista Obrero Español, PSOE) den Vorsitz, nachdem ihr Vorgänger Udo Bollmann (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD) tags zuvor in Vermeidung einer Kampfkandidatur um die Fraktionsspitze seinen Verzicht auf das erst 2018 von ihm angetretene Amt angekündigt hatte. Einen Wechsel gab es auch bei der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL, –11), die nun von Manon Aubry (La France insoumise) und Martin Schirdewan (Die Linke) geführt wird. Bei den Liberalen schließlich kam es zu einem Wechsel an der Fraktionsspitze, nachdem Verhofstadt seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur nach zehn Jahren Vorsitz angekündigt hatte. Zu seinem Nachfolger wählten die Abgeordneten der neuen Fraktion „Renew Europe“ den ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten Dacian Cioloș. Die Umbenennung der Fraktion war notwendig geworden, nachdem die schon im Herbst 2018 angedachte Verbindung von ALDE und Macrons Wahlbündnis „Renaissance“¹¹ nach langen Verhandlungen konkrete Formen angenommen hatte.¹² Um das in Frankreich negativ konnotierte Wort „liberal“ zu vermeiden, wurde schließlich der Wahlslogan der ALDE zum neuen Namen auch der Fraktion erklärt. Gerne hätte Macron auch den Vorsitz der Fraktion mit einem Landsmann besetzt, doch widersetzte sich die Fraktion einer solchen französischen Dominanz.¹³ Zwar stellt das Wahlbündnis „Renaissance“ 21 der insgesamt 108 liberalen Abgeordneten (+39) im neuen Europäischen Parlament und besitzt so als stärkste Gruppe innerhalb der neuen Fraktion ein erhebliches fraktionsinternes Druckmittel. In den Fraktionsvorstand gewählt wurde aber allein Dominique Riquet als einer der acht Stellvertreter des Vorsitzenden. Wie sich die realen Kräfteverhältnisse in der neuen liberalen Fraktion ausbilden werden, wird die Zukunft zeigen müssen. Die personellen Weichenstellungen nach der Europawahl verweisen auf ein Konfliktpotenzial zwischen den ALDE-Mitgliedsparteien und den Vertretern des Bündnisses Renaissance, das die Fraktion gegebenenfalls noch beschäftigen könnte.

Ebenfalls zu Reformen kam es am rechten Rand des europäischen Parteienspektrums, wobei diese trotz spektakulärer Ankündigungen bislang mehr einer Logik der Kontinuität denn des Wandels folgen. Schon vor der Europawahl hatten die Parteiführer Matteo Salvini (Lega Nord), Marine Le Pen (Rassemblement National) und Jörg Meuthen (Alternative für Deutschland, AfD) angekündigt, eine neue „Superfraktion“ aller europaskeptischen, nationalistischen und rechtspopulistischen Kräfte in Europa schmieden und so erstmals eine Bündelung dieser Kräfte im Europäischen Parlament erreichen zu wollen. Tatsächlich sind die europakritischen und europafeindlichen Parteien bei der Europawahl 2019 abermals gestärkt worden und zählen nun zusammen 232 statt wie bisher 213 Sitze. So wie das Wahlergebnis aber hinter den Erwartungen mancher führenden Protagonisten zurückblieb, so ist bislang auch nichts von einer „Superfraktion“ zu sehen.

Nachdem die AfD angekündigt hatte, künftig mit der Lega Nord und dem Rassemblement National zusammenarbeiten zu wollen, hatte die bis dato existierende Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) nach den Europawahlen den Fraktionsstatus verloren. Weder die UK Independence Party (UKIP, jetzt Brexit-Party) noch die italienische Movimento 5 Stelle, bislang dominierende Kräfte der EFDD-Fraktion, konnten für die

11 Zum Wahlbündnis Renaissance zählten die französischen Parteien La République en Marche, Mouvement Démocrate, Mouvement Radical-Libéral Social und die im September 2018 neu gegründete Agir.

12 Öffentlich angekündigt wurde das Bündnis am 2. Mai 2019, der offizieller Abschluss erfolgte am 12. Mai 2019. „La République en Marche!“ ist so Teil der liberalen Fraktion, nicht aber der liberalen Europäischen Partei.

13 Vgl. Aline Robert: Rücktritt von Loiseau wirft Führungsfragen für „Renew Europe“ auf, in: EURACTIV.fr, 14.6.2019.

geplante „Superfraktion“ gewonnen werden und stellen nun fraktionslose Einzelparteien innerhalb des Europäischen Parlaments dar. Ebenso blieben die meisten Parteien der bisherigen „Allianz der Konservativen und Reformer in Europa“ ihrer Fraktion treu. Zwar hatten die Dänische Volkspartei und die Wahren Finnen schon im Vorfeld der Wahl angekündigt, zur neuen Fraktion um Salvini, Le Pen und Meuthen wechseln zu wollen. Dafür wird die Fraktion nun von Parteien wie Fratelli d'Italia (seit Januar 2019), den Schwedendemokraten (zuvor EFDD) oder den erstmals im Europäischen Parlament vertretenen Forum voor Democratie (Niederlande) und VOX (Spanien) verstärkt. Die acht Sitze, welche die EKR bei den Wahlen 2019 im Vergleich zu 2014 verlor, sind so vor allem auf die Schwäche der britischen Konservativen zurückzuführen, nicht auf eine größere Absatzbewegung. Dominante Gruppe innerhalb der ECR-Fraktion bleibt die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die mit den Wahlen nochmals gestärkt wurde und nun 25 der insgesamt 55 Fraktionsmitglieder stellt. Weiterhin stellt die PiS mit dem seit 2017 amtierenden Ryszard Legutko einen der beiden Vorsitzenden-Posten, ihm zur Seite gestellt wurde Raffaele Fitto (Fratelli d'Italia).¹⁴ Um die Verbindung zwischen Fraktion und Europäischer Partei deutlicher zu betonen, nannte sich die „Allianz der Konservativen und Reformer in Europa“ am 27. Juni 2019 in „Europäische Konservative und Reformer“ um, ohne dass sich an der Besetzung der Parteispitze um den tschechischen Vorsitzenden Jan Zahradil (Demokratische Bürgerpartei, ODS) etwas geändert hätte.

Angesichts der gescheiterten Versuche, eine neue „Superfraktion“ der europaskeptischen Kräfte im Europäischen Parlament zu bilden, ist die neue, am 12. Juni 2019 gegründete Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID, +37 im Vergleich zu ENF) nicht viel mehr als eine Fortsetzung der bisherigen Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), verstärkt um Mitglieder der deutschen AfD. Wie die ENF wird auch die von Marco Zanni (Lega Nord) geführte neue Fraktion von Abgeordneten der Lega Nord und dem Rassemblement National getragen, die zusammen 48 der 73 Sitze innehaben; weitere 11 Abgeordnete stellt die AfD. Die Europäische Partei „Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit“ (MENL) nannte sich Anfang Juli ebenfalls in „Identität und Demokratie“ um,¹⁵ zu ihrem Vorsitzenden wurde der Belgier Gerolf Annemans (Vlaams Belang) gewählt.

In der Gesamtschau hat sich das europäische Parteiensystem auch durch die Europawahlen 2019 nicht wesentlich verändert, sondern vielmehr weiter konsolidiert. Indem sich die EKR weiter für rechtspopulistische Kräfte geöffnet hat und so den bereits 2014 eingeleiteten Kurs der größeren Distanzierung von Kräften der liberalen und sozialdemokratischen Mitte gegangen ist, sind die europaskeptischen und europafeindlichen Parteien pointierter zu greifen. Eine Sammlung der rechten Kräfte aber steht weiter aus. Am bemerkenswertesten ist so die Entwicklung der Liberalen, deren Tragweite sich aber erst noch erweisen muss. In der öffentlichen Wahrnehmung zumindest haben die Europäischen Parteien auch bei den jüngsten Europawahlen nicht an Bedeutung gewonnen. Wie zu erwarten, oblag die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler vor allem den nationalen Parteien. Deziert paneuropäische Bewegungen wie „Volt Europa“ blieben angesichts des anhaltenden Charakters von Europawahlen als „second order elections“ auch 2019 bedeutungslos.

Weiterführende Literatur

Rudolf Hrbek: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019–2024, in: *Integration* 3/2019, S. 167-186.

14 Erstmals hat die Fraktion so eine Doppelspitze.

15 Die AfD ist Mitglied der ID-Fraktion, nicht der gleichnamigen Europäischen Partei.